## Niedrigere Bruttowochenverdienste

Infolge des Rückgangs der Zahl der durchschnittlich bezahlten Wochenstunden sind die durchschnittlichen Bruttowochenverdienste im Februar 1959 trotz erneut gestiegener Bruttostundenverdienste in der Gesamtindustrie sowie in den meisten Wirtschaftsbereichen etwas niedriger gewesen als im November 1958. Am stärksten gingen die Bruttowochenverdienste bei den Männern in der Energiewirtschaft, in der Nahrungs- und Genußmittelindustrie sowie im Baugewerbe zurück. Im Bereich der Grundstoff- und Produktionsgüterindustrie sowie der Verbrauchsgüterindustrie hielten sich die Verdienstminderungen in engeren Grenzen. So gut wie unverändert blieben die durchschnittlichen Bruttowochenverdienste der Männer in der Investitionsgüterindustrie. Eine recht beachtliche Erhöhung der Bruttowochenverdienste hatten die Männer im Bergbau zu verzeichnen; hier wurde die starke Zunahme der Zahl der bezahlten Wochenstunden bei gleichzeitig gestiegenen Stundenverdiensten besonders wirksam.

Bei den weiblichen Arbeitern ist die Entwicklung der durchschnittlichen Bruttowochenverdienste von November 1958 zum Februar 1959 ähnlich derjenigen der männlichen Arbeiter gewesen. Ein durchschnittlicher Rückgang ergab sich infolge der starken Abnahme der Zahl der bezahlten Wochenstunden nur in der Nahrungs- und Genußmittelindustrie. Dagegen trat in der Investitionsgüterindustrie auf Grund des beachtlichen Anstiegs der Bruttostundenverdienste eine leichte Verbesserung der Wochenverdienste der Frauen ein.

#### Höhere Angestelltenverdienste

Nach den Ergebnissen der Verdiensterhebung für die Angestellten im Februar 1959 erfuhren die Bruttomonatsverdienste der Angestellten im Durchschnitt der Gesamtindustrie und des Handels, des Geld- und Versicherungswesens gegenüber November 1958 eine geringe Erhöhung. Die Entwicklung in den einzelnen Wirtschaftsbereichen war hinsichtlich der

Richtung wohl einheitlich; doch zeigen die Veränderungen sehr unterschiedliche Werte. Sie differierten in der Industrie bei den männlichen kaufmännischen Angestellten zwischen +1,3 vH in der Energiewirtschaft und +2,1 vH in der Investitionsgüterindustrie. Bei den weiblichen kaufmännischen Angestellten sind die Unterschiede noch größer; hier schwanken die Gehaltserhöhungen zwischen +4,0 vH im Bergbau und +0,5 vH in den Grundstoff- und Produktionsgüterindustrien. Etwas niedriger gegenüber dem Monat November liegen nur die Monatsverdienste der männlichen kaufmännischen Angestellten im Bergbau und im Nahrungs- und Genußmittelgewerbe.

Bruttomonatsverdienste der männlichen technischen Angestellten

Wirtschaftsbereich	Novem- ber 1958	Februar 1959	Veränderung Februar 1959 gegen Nov. 1958		
	D	M	vH		
Gesamte Industrie	762	770	+ 1.0		
Bergbau	798	801	+ 0.4		
Energiewirtschaft	775	772	- 0,4		
Grundstoff- und Produktionsgüter-		, ,			
industrie	762	778	+ 2.1		
Investitionsgüterindustrie	766	775	+ 1.2		
Verbrauchsgüterindustrie	729	733	+ 0.5		
Nahrungs- und Genußmittelindustrie	716	706	- 1.4		
Baugewerbe	798	800	+ 0.3		

Innerhalb des Handels, sowie des Geld- und Versicherungswesens erhöhten sich die durchschnittlichen Bruttomonatsverdienste der Angestellten vor allem im Ein- und Ausfuhrhandel, bei den Handelsvertretungen und im Geld-, Bank- und Börsenwesen. Die Verdiensterhöhungen dürften bei den kaufmännischen Angestellten zum Teil durch Überstundenvergütungen, die auf Grund noch angefallener Jahresabschlußarbeiten gewährt wurden, bedingt gewesen sein.

Eugen Wetzel

# Die Einnahmen und Ausgaben der Arbeitnehmerhaushalte im Jahr 1958

# Zusammensetzung der erfaßten Haushalte

Zur Beobachtung der Entwicklung der Einnahmen- und Ausgabenstruktur der privaten Haushalte werden in der Nachkriegszeit seit 1947 Erhebungen in ausgewählten Vierpersonen-Arbeitnehmerhaushalten einer mittleren Verbrauchergruppe durchgeführt. Die Ergebnisse dieser Erhebung sind insofern bedeutsam, als sie nicht nur die Wandlungen in der Verteilung des Haushaltseinkommens zeigen, sondern auch als Maßstab für die Veränderungen des Lebensstandards der Haushalte herangezogen werden.

Zu den Voraussetzungen für die Gewinnung kontinuierlicher Reihen gehört auch, daß die Zusammensetzung des Haushaltsbestandes im wesentlichen unverändert bleibt. Dies bedeutet, daß alle Haushalte dann auszuwechseln sind, wenn sie nicht mehr den Erfassungsmerkmalen entsprechen. Dieser Fall kann durch Änderungen in der Personenzahl, in der sozialen Stellung des Haushaltsvorstandes, in der Zahl der Hauptverdiener eintreten. So scheidet zum Beispiel ein Haushalt zwangsläufig aus, wenn ein Kind voll erwerbstätig wird oder einen eigenen Haushalt gründet.

Nachdem die Zahl der erfaßten und geeigneten Haushalte im Laufe der vergangenen Jahre ständig gesunken war, wurden Ende 1957 neue Haushalte zur Mitarbeit an der Statistik der Wirtschaftsrechnungen geworben. Aus dem alten Bestand wurden gleichzeitig auch solche Haushalte ausgetauscht, bei denen die Auswahlmerkmale kaum noch gegeben waren. Insgesamt betrug die Zahl der in der mittleren Verbrauchergruppe erfaßten Haushalte im Durchschnitt des Jahres 1958 53 gegenüber entsprechend 34 im Jahr 1957.

Um die Auswirkungen des Wechsels in der Erhebungsgrundlage überprüfen zu können, wurden im Januar 1958 nochmals die Haushaltungsbücher der auszuscheidenden Haushalte eingeholt. Sodann wurde für Januar 1958 sowohl nach dem alten als auch nach dem neuen Berichtskreis ausgewertet. Beide Kreise überschneiden sich nur in geringem Maße, denn von dem alten Bestand (31 Haushalte) wurden nur 20 übernommen, die an dem neuen Bestand von 57 Haushalten nur noch einen Anteil von etwas mehr als einem Drittel haben.

Das Ergebnis der Doppelauswertung läßt grundsätzlich eine gute Übereinstimmung erkennen, wie die folgende Gegenüberstellung zeigt. Durchschnittliche Einnahmen je Haushalt im Januar 1958 Vierpersonen-Arbeitnehmerhaushalte einer mittleren Verbrauchergruppe

Art der Einnahmen	Alte Aufbereitu (31 Hau	ngskreis	Neuer Aufbereitungskreis (57 Hausbalte)		
	DM	vH	DM	vH	
Arbeitseinkommen (brutto) des Haushaltsvorstandes aus Haupt-					
beruf	579,39	84,9	586,84	87,0	
Sonstige Arbeitseinkommen	47,08	6,9	26,09	3,9	
Arbeitseinkommen (brutto) insg.	626,47	91,8	612,93	90,8	
Sonstige Einnahmen	56,12	8,2	61,78	9.2	
Gesamteinnahmen	682,59	100	674,71	100	
Ausgabefähige Einnahmen	619.74	90.8	603.85	89.5	

Die Hauptposten dieses Budgets weichen nach den beiden Erhebungskreisen im Bereich von -2,6 vH bis +1,3 vH voneinander ab. Bei den unbedeutenden Einnahmen ist die Streuung zwangsläufig größer, wobei insbesondere die "sonstigen Arbeitseinkommen" stärker zurückgegangen sind. Bei den Haushalten nach dem alten Erhebungskreis waren die Kinder bereits zum Teil in das erwerbsfähige Alter gerückt und bezogen beispielsweise als Lehrlinge eigenes Einkommen. Nach dem Ausscheiden dieser Haushalte und nach dem Ersatz durch Haushalte mit jüngeren Kindern, was dem Kontinuitätsprinzip der Erhebung entspricht, erreichte der Anteil der sonstigen Arbeitseinkommen etwa wieder den Stand wie in den Jahren von 1950 bis 1954. Hinsichtlich der Haushaltsmitglieder ergibt sich folgendes Durchschnittsalter in Jahren:

	Autherei	tungskreis
	alt	neu
Haushaltsvorstand	43	39
Ehefrau	40	36
Erstes Kind	13.	10
Zweites Kind	11	6

Der Wandel in der Altersstruktur der erfaßten Haushalte schlägt sich in der Ausgabenverteilung kaum nieder. Die Ausgaben für die Lebenshaltung und die gesamten Verbrauchsausgaben weichen nach dem neuen Erhebungskreis nur um -0,8 vH bzw. um +0,2 vH von denen nach dem alten Erhebungskreis ab. Die bei der Doppelaufbereitung in Erscheinung tretenden Differenzen in den einzelnen Bedarfsgruppen hängen im wesentlichen damit zusammen, daß die 1958 in die Erhebung einbezogenen Haushalte mit jüngerem Durchschnittsalter eine etwas andere Verbrauchsstruktur aufweisen, etwa hinsichtlich der Art und der Mengen der benötigten Nahrungsmittel oder der größeren Ausgaben für Reinigung und Körperpflege beim Vorhandensein jüngerer Kinder. Auch die Lebensweise der Haushalte in bezug auf die Verteilung der Ausgaben im Laufe des Jahres oder auf die Rangordnung der Bedürfnisse usw. dürfte vom Durchschnittsalter der Haushaltsmitglieder abhängig sein.

Durchschnittliche Verbrauchsausgaben je Haushalt nach Bedarfsgruppen im Januar 1958

(Vierpersonen-Arbeitnehmerhaushalte der mittleren Verbrauchergruppe)

Bedarfegruppen	Alte Aufbereitu (31 Haus	ngskreis	Neuer Aufbereitungskreis (57 Haushalte)		
	DM	vH	DM	vH	
Nahrungsmittel	195,04	37,4	203,21	39,3	
Genußmittel	28,66	5,5	30,41	5,9	
Miete	59,42	11,4	58,38	11,3	
Hausrat	53,74	10,3	46,62	9,0	
Heizung und Beleuchtung	24,75	4,7	24,17	4,7	
Bekleidung	71,46	13,7	63,81	12,3	
Reinigung und Körperpflege	24,47	4,7	28,29	5,5	
Bildung und Unterhaltung	50,26	9,6	48,73	9,4	
Verkehr	14,05	2;7	13,98	2,7	
Ausgaben für die Lebenshaltung	521,85	100	517,60	100	
Sonstige Ausgaben	18,16		23,42		
Verbrauchsausgaben	540,01		541,02		

Der Wechsel des Berichtskreises hat also die Ergebnisse nur in geringem Maße beeinflußt und die Kontinuität der regelmäßig veröffentlichten Hauptreihen kaum gestört. Die Ursachen für die auftretenden Unterschiede in der Einnahmen- und Ausgabenstruktur zwischen beiden Berichtskreisen sind im einzelnen nicht genau festzulegen. Das Ergebnis der Doppelaufbereitung läßt wohl den Schluß zu, daß der ausgewählte Haushaltstyp im großen und ganzen eine ziemlich einheitliche Einnahmen- und Ausgabenstruktur besitzt.

### Gesamteinnahmen um 8 vH erhöht

Im Jahr 1958 setzte sich der Anstieg der Gesamteinnahmen je Haushalt fort, und zwar lagen diese um 7,8 vH höher als im Jahr 1957. Von den monatlichen Mehreinnahmen je Haushalt in Höhe von 52,37 DM entfielen nur 27,29 DM auf eine Zunahme des Arbeitseinkommens, das von 1957 bis 1958 insgesamt um 4,5 vH (1956 bis 1957 um 4,9 vH) gestiegen ist. Hinsichtlich der Zusammensetzung des Arbeitseinkommens ergibt sich für 1958 ein Anteil von 97,4 vH für den Haushaltsvorstand gegenüber von 92,3 vH im Jahr 1957. Diese Veränderung läßt keine Rückschlüsse auf eine allgemeine Entwicklung zu, da sie in der Hauptsache durch die Verjüngung der Haushalte ausgelöst worden sein dürfte. Mit steigendem Durchschnittsalter der Kinder nehmen die Voraussetzungen zum Geldverdienen sowohl bei den Kindern als auch bei der Mutter zu.

Was die übrigen Einnahmequellen betrifft, so hat sich der Betrag von 1957 bis 1958 um 39 vH erhöht. Dies fällt allerdings bei dem geringen Anteil der übrigen Einnahmen an den Gesamteinnahmen wesentlich schwächer ins Gewicht. Die verhältnismäßig große Zunahme hängt zunächst mit der Verjüngung der Haushalte zusammen, wobei besonders die größeren Zuwendungen von privater Seite – also überwiegend von Verwandten – zu erwähnen sind. Weiterhin ist zu berücksichtigen, daß im Berichtsjahr relativ viel Haushalte die Wohnung gewechselt bzw. ein Eigenheim bezogen haben, wodurch der Posten "Vermietung" eine größere Bedeutung erlangt hat Schließlich führte auch die gute Obsternte im Jahr 1958 zu einer Verstärkung der Sacheinnahmen aus eigener Bewirtschaftung.

## Wieder mehr gesetzliche Abzüge

Nachdem der Anteil der gesetzlichen Abzüge – Beiträge zur Sozialversicherung, Einkommen- und Lohnsteuer sowie sonstige Steuern – an den Gesamteinnahmen von 9,3 vH im Jahr 1956 auf 8,4 vH im Jahr 1957 gesunken war, stieg der Satz bis 1958 wieder auf 10,0 vH an. Hierbei blieb im Jahr 1958 der Anteil der Steuern mit 2,0 vH wie im vorangegangenen Jahr unverändert. Die vom 1. September 1958 an wirksam gewordene Lohnsteuerreform, die in ihren Auswirkungen den erfaßten Haushaltstyp besonders begünstigt, schlägt sich darin nieder, daß sich der Anteil der Einkommen- und Lohnsteuer am Arbeitseinkommen des Haushaltsvorstandes von 2,4 vH im Jahr 1957 auf 2,2 vH im Jahr 1958 ermäßigt hat. Die Auswirkungen der Reform im Hinblick auf die Zeit vom 1. Januar 1958 bis zum 31. August 1958 dürften in vollem Maße erst im Rahmen des Lohnsteuerjahresausgleiches und damit zum Teil im Jahr 1959 sichtbar werden.

Bei den Sozialversicherungsbeiträgen ist die Beitragserhöhung in Verbindung mit den Neuregelungsgesetzen zur Rentenversicherung erst im Laufe des Jahres 1957 in Kraft getreten, so daß daher erstmalig im Jahr 1958 die ganze Erhöhung in Erscheinung tritt. Außerdem werden sich die örtlichen Heraufsetzungen der Beiträge zur gesetzlichen Krankenversicherung ausgewirkt haben. Beide Einflüsse reichen jedoch wohl nicht hin, um die Erhöhung des Anteils der Abzüge zu den gesetzlichen Versicherungen am gesamten Arbeitseinkommen von 7,1 vH im Jahr 1957 auf 9,1 vH im Jahr 1958 zu erklären. Für diese große Zunahme ist mit maßgeblich, inwieweit die Vorstände der erfaßten Haushalte versicherungspflichtig waren, wobei besonders hinsichtlich der gesetzlichen Krankenversicherung die Anhebung der Pflichtgrenze für Angestellte im Laufe des Jahres 1957 und für die gesamte Sozialversicherung der jeweilige Anteil der Beamtenhaushalte zu beachten ist.

Gegenüber der Erhöhung der Gesamteinnahmen um 7,8 vH stiegen die ausgabefähigen Einnahmen wegen des erhöhten Anteils der gesetzlichen Abzüge von 1957 bis 1958 mit + 6,0 vH etwas weniger. Im Vergleich mit der Zunahme der ausgabefähigen Einnahmen von 1956 bis 1957 um 5,4 vH wurde für das Jahr 1958 ein etwas größerer Zuwacha festgestellt. Die Differenz zwischen den ausgabefähigen Einnahmen und den Verbrauchsausgaben, die im Jahr 1957 4,8 vH der Gesamteinnahmen betrug, stellte sich im Jahr 1958 auf 6,3 vH, so daß die Zunahme der Verbrauchsausgaben von 1957 bis 1958 mit + 4,0 vH etwas geringer war als von 1956 bis 1957 (+ 5,2 vH).

# Weiterhin Anhebung des Lebensstandards

Auf Grund der großen Zunahme des nicht ausgegebenen Betrages, dessen Höhe in etwa die Sparleistung repräsentiert, haben sich die tatsächlichen Lebenshaltungsausgaben von 1957 bis 1958 nur um 20,27 DM (3,6 vH) je Monat erhöht. Unter Zugrundelegung der mit dem Preisindex für die Lebenshaltung – mittlere Verbrauchergruppe – bedarfsgruppenweise auf den Preisstand von 1950 umgerechneten Ausgaben beträgt der Anstieg von 1957 bis 1958 sogar nur 0,1 vH oder 0,68 DM je Monat, woraus zu folgern wäre, daß die tatsächlichen Mehrausgaben fast ausschließlich von der Verteuerung verzehrt worden sind. Dieser Schluß entspricht jedoch nur sehr bedingt den Gegebenheiten, weil die Preisbereinigung sehr grob vorgenommen wird und das Marktverhalten der Haushalte in keiner Weise berücksichtigt.

Da sich infolge der Erweiterung des Erhebungskreises das Durchschnittsalter der Haushaltsmitglieder gesenkt hat, verminderte sich zumindest in bezug auf die Kinder der Bedarf, wie die Umrechnung auf Vollpersoneneinheiten ergibt:

	Monatliche Verbrauchsausgaben je Vollperson							
Bedarfsgruppen	, in	Veränderung von						
	1957	1957 bis 1958 in vH						
	zu jeweiligen l	Preisen	e e					
Nahrungsmittel	64,13	68,72	+ 7,2					
Übrige Gruppen	122,56	137,62	+ 12,3					
Insgesamt	186,69	206,34	+ 10,5					
	in Preisen voi	n 1950						
Nahrungsmittel	53,17	55,24	+ 3,9					
Übrige Gruppen	110,23	119,27	+ 8,2					
Insgesamt	163,40	174,51	+ 6,8					

Diese Umrechnung weist somit eine weitere Anhebung des Lebensstandards nach, die im Hinblick auf die Gesamtlebenshaltung in Preisen von 1950 für die Zeit von 1957 bis 1958 je Vollperson 6,8 vH ausmacht. Von den monatlichen Mehrausgaben je Vollperson in Höhe von 19,65 DM dienten demnach rund 43 vH zum Ausgleich der Verteuerung und 57 vH zur Anhebung des Lebensstandards. Dieses Verhältnis dürfte sich noch mehr nach der letztgenannten Komponente hin verschieben, wenn anstatt der preisstatistischen Bereinigung das tatsächliche Marktverhalten der Bevölkerung berücksichtigt werden könnte.

## Erhebliche Mehrausgaben für Wohnung

Die Aufgliederung der Gesamtlebenshaltung nach den einzelnen Bedarfsgruppen läßt hinsichtlich der Veränderung von 1957 bis 1958 eine unterschiedliche Entwicklung erkennen, worin sich zum Teil die Erweiterung des Erhebungskreises und gewisse Zufälligkeiten auf Grund der geringen Zahl der erfaßten Haushalte niederschlagen. Grundsätzlich ist zur Beurteilung der Ergebnisse auf die zuvor gegebene Umrechnung auf Vollpersoneneinheiten hinzuweisen.

Bei den Nahrungsmitteln haben sich die Ausgaben zu jeweiligen Preisen von 1957 bis 1958 je Haushalt um 1,0 vH erhöht und zu Preisen von 1950 um 2,1 vH gesenkt. Auf die Vollperson bezogen, ist jedoch zu jeweiligen Preisen eine Erhöhung um 7,2 vH und zu Preisen von 1950 um 3,9 vH festzustellen. Die Zunahmen blieben jeweils unter dem Durchschnitt für die Gesamtlebenshaltung. Nach der theoretischen Preisbereinigung entfielen von den Mehrausgaben in Höhe von 4,59 DM im Monat 55 vH als Ausgleich für die Verteuerung, während 45 vH zur weiteren quantitativen und qualitativen Verbesserung der Ernährungsgrundlage dienten.

Der Rückgang der Nahrungsmittelausgaben in Preisen von 1950, der bereits mit der Veränderung der Vollpersonenzahl je Haushalt erklärt wurde, ist im übrigen stark durch die Umrechnungsmethode beeinflußt. Werden etwa die Monatsausgaben nicht mit dem Index für Ernährung, sondern mit den Preisindizes für die einzelnen Warengruppen auf den Preisstand von 1950 reduziert, so beträgt die Veränderung von 1957 bis 1958 nicht -2,1 vH, sondern nur -1,5 vH. In einem Beitrag über den Obst- und Südfrüchteverbrauch im nächsten Heft dieser Zeitschrift wird dargelegt werden, wie sich die Haushalte der jeweiligen Marktsituation anpassen und den

Verteuerungen ausweichen, ein Verhalten, das gleichfalls bei der Preisreduzierung nicht berücksichtigt werden kann.

In den Bedarfsgruppen "Hausrat" und "Bekleidung" ist eine Ausgabenminderung eingetreten, und zwar zu jeweiligen Preisen und zu Preisen von 1950, bei Bekleidung entsprechend auch nach Umrechnung auf Vollpersoneneinheiten, wobei sich für die Bekleidung bereits in der Zeit von 1956 bis 1957 eine ähnliche Entwicklung abzeichnete. Die hier frei gewordenen Beträge sowie die Mehrausgaben im Jahr 1958 kamen am stärksten den Bedarfsgruppen "Bildung und Unterhaltung", "Wohnung" und "Verkehr" zugute, was sich gut in die Entwicklung der vergangenen Jahre einfügt.

Eine besondere Überlegung ist noch den Ausgaben für die Wohnung zu widmen, für die die Zunahme von 1957 bis 1958 14,9 vH beträgt und die damit außergewöhnlich groß ist. Werden die Einzelangaben näher untersucht, so erweist sich kaum ein unmittelbarer Zusammenhang mit der Erweiterung des Erhebungskreises. Vielmehr hat eine größere Zahl von Haushalten im Jahr 1958 die Wohnung gewechselt, womit regelmäßig eine Mietpreiserhöhung – zum Teil beträchtlichen Ausmaßes – verbunden war. Allerdings dürfte die Häufigkeit des Wohnungswechsels im Jahr 1958 einen zu starken Niederschlag finden. Zu einem gewissen Grad ist außerdem die Anhebung der Mietausgaben durch die örtliche Heraufsetzung der Wohnungsnebengebühren bedingt.

### Langfristige Zuwendung zum gehobenen Bedarf

Für den langfristigen Vergleich kann die Erweiterung des Erhebungskreises am Jahresanfang 1958 weitgehend unberücksichtigt bleiben, da es sich dabei um einen Vorgang handelt, dessen Auswirkungen im wesentlichen den natürlichen Austausch der vergangenen Jahre nachgeholt haben. Eine für 1954 durchgeführte Vollpersonenberechnung in bezug auf die Ernährung läßt erkennen, daß die damalige Vollpersonenzahl nahezu mit der für 1958 übereinstimmt. Es kann somit unterstellt werden, daß im mehrjährigen Überblick die Einflüsse, die durch gewisse Schwankungen in der Vollpersonenzahl zwangsläufig auftreten, von verhältnismäßig geringer Bedeutung sind.

Betrachtet man die Zeitspanne von 1950 bis 1958 näher, so ergibt sich für die Gesamteinnahmen eine Erhöhung um 75 vH, für die Arbeitseinkommen insgesamt um 68 vH und für die Arbeitseinkommen des Haushaltsvorstandes um 72 vH. Diese

Die Struktur des monatlichen Haushaltsbudgets eines Vierpersonen-Arbeitnehmerhaushalts der mittleren Verbrauchergruppe<sup>1</sup>) in Baden-Württemberg

Art der Einnahmen und Ausgaben	1950		1954		1956		1957		1958	
	DM	vH	DM	vH	DM	₩	DM	νH	DM	▼H
Arbeitseinkommen (brutto)										
des Haushaltsvorstandes	358,86	86.9	454.63	85,1	528,11	82,0	560.59	83,5	618,22	85,4
der Ehefrau	15,79	3,8	13,43	2,5	36,35	5,6	31,90	4,7	11,15	1,5
der Kinder	3,26	0,8	7,56	1,4	14,58	2,3	14,68	2,2	5,09	0,7
Arbeitseinkommen (brutto) insgesamt	377,91	91.5	475,62	89,0	579,04	89,9	607,17	90,4	634,46	87,6
Eigene Bewirtschaftung	4,62	1,1	5,58	1,0	8,46	1,3	8,08	1,2	10,73	1,5
Öffentliche Unterstützungen	6,47	1,6	14,70	2,8	12,09	1,9	13,63	2,0	9,28	1,3
Private Unterstützungen	11,35	2,7	17,19	3,2	15,73	2,5	14,36	2,1	29,12	4,0
Pensionen und Versicherungen	6,59	1,6	4,89	0,9	14,09	2,2	14,43	2,2	15,76	2,2
Sonstige Einnahmen <sup>2</sup> )	6,01	1,5	16,39	3,1	14,38	2,2	14,12	2,1	24,81	3,4
Gesamteinnahmen <sup>a</sup> )abzüglich	412,95	100	534,37	100	643,79	100	671,79	100	724,16	100
Gesetzliche Versicherungen	31,37	7,6	33,79	6,3	36,21	5,6	42,85	6,4	57,96	8,0
Lohn- und Einkommensteuer4)	9,77	2,4	13,45	2,5	21,36	3,3	13,34	2,0	13,79	1,9
Sonstige Steuern <sup>5</sup> )	2,25	0,5	1,98	0,4	2,45	0,4	0,21	0,0	0,40	0,1
Ausgabefähige Einnahmen	369,56	89,5	485,15	90,8	583,77	90,7	615,39	91,6	652,01	90,0
Ausgaben für die Lebenshaltung	349,28	84,6	447,43	83,7	533,50	82,9	560,77	83,5	581,04	80,2
Sonstige Ausgaben	9,69	2,3	12,51	2,3	20,69	3,2	22,32	3,3	25,28	3,5
Verbrauchsausgaben <sup>6</sup> )	358,97	86,9	459,94	86,1	554,19	86,1	583,09	86,8	606,32	83,7
Differenz zwischen den ausgabefähigen Ein-										
nahmen und den Verbrauchsausgaben	+10,59	2,6	+25,21	4,7	+ 29,58	4,6	+ 32,30	4,8	+ 45,69	6,3

<sup>1)</sup> Monatliche Verbrauchsausgaben (seit September 1957) 420 bis 620 DM. — \*) Vermietung, Zinsen, Rückvergütungen, Spielgewinn u. a. — \*) Ohne Einnahmen aus Schuldenaufnahme, Abhebungen vom Sparkonto, Verkauf und Tausch, Wiedereingang ausgeliehener Gelder. — \*) Einschließlich Notopfer Berlin bis September 1956. — \*) Ohne Ausgaben für Steuern, Versicherungen, Schuldentilgung, Einzahlung auf Sparkonto, Ausleihen von Geld.

Die durchschnittlichen monatlichen Ausgaben für die Lebenshaltung je Vierpersonen-Arbeitnehmerhaushalt der mittleren Verbrauchergruppe in Baden-Württemberg

Ausgabengruppe	1950		1954		1956		1957		1958	
	DM	vH	· DM	,vH	DM	vH.	DM	νH	DM	ья
	Ausg	aben. zu	jeweiligen F	reisen		,				, -
Nahrungsmittel	142,46	40,8	174,61	39,0	202.03	1.37.9	211,86	37,8	213,90	36,8
Genußmittel	14.14	4,0	27,77	6.2	28,48	5.3	31,11	5.5	32,95	5.7
Wohnung	37.55	10,8	46,80	10.4	63,13	11.8	62,39	11.1	71.69	12,3
Hausrat	22,90	6.6	43.34	9,7	40.66	7.6	49,39	8.8	46.95	8.1
Heizung und Beleuchtung	18,31	5,2	23,95	5,4	30,31	5,7	29,40	5,2	30,60	5,3
Bekleidung	60,07	17,2	57,14	12,8	80,88	15,2	82,77	14,8	72,36	12,5
Reinigung und Körperpflege	17,41	5,0	21,59	4,8	26,19	4,9	26,99	4.8	29,36	5,0
Bildung und Unterhaltung	25,96	7,4	36,51	8,2	41,71	7,8	43,44	7,8	56,75	9,8
Verkehr	10,48	3,0	15,72	3,5	20,11	3,8	23,42	4,2	26,48	4,5
Ausgaben für die Lebenshaltung	349,28	100	447,43	100	533,50	100	560,77	100	581,04	100
	Ausgaben zi	ı konsta	nten Preisen	(Jahr 1	950)			,		
Nahrungsmittel	142,46	40,8	155,76	37,2	171.94	36,0	175,67	35,9	171.95	35,1
enußmittel	14,14	4,0	32,59	7,8	33.82	7,1	37,12	7,6	38,81	7,9
Vohnung	37,55	10,8	43,53	10,4	53,14	11,1	51,69	10,6	58,52	11,9
ausrat	22,90	6,6	42,00	10,0	38.04	8,0	44,10	9,0,	40,65	8,3
leizung und Beleuchtung	18,31	5,2	18,82	4,5	21,98	4,6	20,65	4,2	20,36	4,2
ekleidung	60,07	. 17,2	58,97	14,0	82,87	17,3	80,36	16.4	68,20	13,9
Reinigung und Körperpflege	17,41	5,0	20,84	5,0	24,09	5,0	24;27	4,9	25,60	5,2
Bildung und Unterhaltung	25,96	7,4	33,31	7,9	35,32	7,4	36,11	7,4	46,52	9,5
erkehr	10,48	3,0	13,36	3,2	17,01	3,5	19,50	4,0	19,54	4,0
Ausgaben für die Lebenshaltung	349,28	100	419,18	100	478,21	100	489,47	100	490,15	100

Zunahme wird durch die Ergebnisse der Verdienststatistik in etwa bestätigt, da die durchschnittlichen Bruttowochenverdienste der Arbeiter in der Industrie im Jahr 1958 um 72 vH höher lagen als im Jahr 1950. Bei den Lebenshaltungsausgaben ist in der gleichen Zeit eine Steigerung um 66 vH (der ausgabefähigen Einnahmen um 76 vH) festzustellen. Von dem Ausgabenzuwachs in Höhe von 231,76 DM im Monat wurden 39 vH durch die eingetretene Verteuerung verzehrt, 61 vH dienten zur Hebung des Lebensstandards. Dieses Verhältnis dürfte dann wesentlich günstiger sein, wenn die Preisbereinigung den Gegebenheiten besser entsprechen könnte.

Die Verteilung der Lebenshaltungsausgaben auf die einzelnen Bedarfsgruppen hat sich von 1950 bis 1958 recht erheblich gewandelt. Wenn auch die geringe Zahl der erfaßten Haushalte und der unvermeidlich vorzunehmende Austausch, exakte Aussagen nicht gestatten, so ist unter Zugrundelegung der Ausgaben zu konstanten Preisen des Jahres 1950 der abnehmende Anteil des Nahrungsmittel-, des Bekleidungs- sowie des Heizungs- und Beleuchtungsaufwandes unverkennbar.

Auf der anderen Seite ist der Ausgabenanteil bei den Genußmitteln, bei Hausrat, bei Bildung und Unterhaltung sowie bei Verkehr verhältnismäßig stark gestiegen, wobei es sich um Gruppen handelt, die den gehobenen Bedarf repräsentieren. Es ist noch zu bemerken, daß der hohe Bekleidungsaufwand nach der Währungsumstellung auf den Nachholbedarf zurückgeht. In der Gruppe "Hausrat" hingegen wirkt sich in den letzten Jahren der zunehmende Einkauf von elektrischen Küchen und Haushaltsgeräten, von Erzeugnissen der Rundfunkindustrie u. a. m. aus. Gleichfalls von Bedeutung ist der beim Bezug von neuerstellten Wohnungen auftretende Einrichtungsbedarf (Möbel, Gardinen, Teppiche usw.).

Werden die Gruppen "Genußmittel", "Hausrat", "Bildung und Unterhaltung" sowie "Verkehr", die den gehobenen Bedarf zum Teil repräsentieren, zusammengefaßt, so hat sich deren Anteil an der Gesamtlebenshaltung zu jeweiligen Preisen von 21 vH im Jahr 1950 auf 28 vH im Jahr 1958 erhöht. Auf den Preisstand von 1950 bezogen, nehmen diese vier Bedarfsgruppen im Jahr 1958 sogar einen Anteil von 30 vH ein.

Hans Schneider

# Die Einheitswerte des Betriebsvermögens nach der Hauptfeststellung vom 1. Januar 1953

(Ergebnisse der Einheitswertstatistik 1953)

## Vorbemerkungen

Mit der Hauptseststellung der Einheitswerte des gewerblichen Betriebsvermögens, die im Zusammenhaug mit der Hauptveranlagung zur Vermögensteuer zum 1. Januar 1953 vorgenommen worden ist, wurde im Bundesgebiet und Berlin (West) gemäß Koordinierungsvereinbarung zwischen Bund und Ländern vom 5. Februar 1955 eine Einheitswertstatistik verbunden, deren Hauptergebnisse für Baden-Württemberg hiermit im Anschluß, an die Veröffentlichung der Vermögensteuerstatistik bekanntgegeben werden. Als Erhebungsbogen für die Statistik der Einheitswerte der gewerblichen Betriebe nach dem Stand vom 1. Januar 1953 dienten die von den Finanzämtern gesertigten Durchschristen der Bewertungsbescheide. Es wurden zwei Muster verwendet, nämlich Vm 9/53 (Einheitsbewertung bei gewerblichen Betrieben und freien Berusen) und Vm 11/53 (Einheitsbewertung und Vermögensteuer bei Körperschaften). Außer für die Vermögensteuer dienen die Einheitswerte als Grundlage für die Erhebung der Realsteuern und auch der Vermögensabgabe nach dem Lastenausgleichsgesetz.

Vgl. "Statistische Monatshefte Baden-Württemberg", 7. Jg. 1959, Heft 4, Seite 87 ff. Die Feststellung der Einheitswerte des gewerblichen Betriebsvermögens geht vom Rohvermögen aus. Dieses besteht aus dem Anlage- und Umlaufvermögen. Es gehören namentlich zum Anlage vermögen: Betriebsgrundstücke, Gewerbeberechtigungen, Maschinen und maschinelle Anlagen, Urheber- und Patentrechte usw., zum Umlaufvermögen: Vorräte an Rohstoffen und Waren (Halb- und Fertigfabrikate), Barbestände, Bankguthaben und Forderungen aller Art. Der Einheitswert des gewerblichen Betriebsvermögens stellt das auf volle 1000 DM nach unten abgerundete Reinvermögen des Gewerbebetriebs dar. Für die Ermittlung des Reinvermögens wird nach § 62 des Bewertungsgessetzes das Rohvermögen um die Schulden und sonstigen Abzüge, die mit der Gesamtheit oder einzelnen Teilen des gewerblichen Betriebs im wirtschaftlichen Zusammenhang stehen, vermindert. Es entspricht mithin ungefähr dem Eigenkapital der Unternehmen. Neben dem eigentlichen gewerblichen Betriebsvermögen aus freiberuflicher Tätigkeit mit erfaßt. Die Ausübung eines freien

<sup>&</sup>lt;sup>2</sup> Ausgenommen die öffentlichen und unter Staatsaufsicht stehenden Sparkassen, bei denen als Einheitswert nur ein Viertel ihres Reinvermögens pauschal angesetzt wird (VStR 1953, Ziff. 103).